

Im Gespräch
„Kommunale Bildungsverantwortung“

Anne Janz, Dezernentin für Gesundheit, Schule, Jugend und Bildung beantwortet Fragen der schul- und jugendpolitischen Sprecherin der Fraktion, Dr. Martina van den Hövel.



Frau Janz, mit dem Begriff der „Kommunalen Bildungsverantwortung“ verbindet Bündnis 90-Die Grünen die Chance, neue Handlungsmöglichkeiten der Kommunen bei der Gestaltung ihrer Bildungs- und Schulpolitik zu finden. Sie positionieren sich mit der Formulierung „Mutig kommunale Bildungsverantwortung übernehmen und in der Region gestalten“. Was können wir uns darunter vorstellen?

Janz: Die Kommune ist der Ort an dem schulisches, soziales und emotionales Lernen stattfindet. Deshalb müssen wir vor Ort gute Rahmenbedingungen für die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen schaffen. Es liegt im Interesse der Kommunen hier eine Steuerungsverantwortung wahrzunehmen, denn die Folgen verpasster Bildungsmöglichkeiten – gerade für Kinder aus sozial schwächeren Familien, aber auch für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund – kommen die Kommunen teuer zu stehen. „Mutig kommunale Bildungsverantwortung wahrnehmen“ heißt für mich Einfluss auf die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen zu nehmen und diese durch eine bessere Vernetzung und den Ausbau der vorhandenen Möglichkeiten vor Ort zu verbessern.

*Qualitätsmängel und fehlende **Chancengleichheit im Bildungssystem** wirken sich auch in der Region, der Kommune aus. Der Grundstein für Bildung wird in den verschiedenen Lebensphasen gelegt, in Familien, Kindertagesstätten, Schulen, Freizeitbereichen. Auf der kommunalen Ebene entscheidet sich Erfolg oder Misserfolg von Bildung, bereits hier werden Grundlagen für weitere berufliche Perspektiven gelegt. Wie wird ihr Dezernat dieser anspruchsvollen Aufgabe gerecht werden?*



Janz: Der Zuschnitt meines Dezernats mit den Bereichen Schule, Jugendhilfe, Frauen und Gesundheit bietet sehr gute Möglichkeiten Einfluss auf die Chancen der Kinder und Jugendlichen zu nehmen. Mein Dezernat ist bereits so ausgerichtet, dass wir wichtige Probleme unseres Bildungssystems, vor allem die „Vererbung“ ungleicher Bildungschancen ämterübergreifend angehen. Im Zukunftsprozess „Demographischer Wandel“ der Stadt Kassel hat mein Dezernat den Auftrag „Keine(r) geht verloren“ formuliert und erprobt im Stadtteil Waldau die Verzahnung der am Bildungsprozess beteiligten Akteure:

Schulen, Kitas, Beratungsstellen, Vereine und weitere mehr unter kommunaler Regie. Die Erfahrungen, die wir in diesem Projekt sammeln, sollen ein übertragbares Modell für die Wahrnehmung kommunaler Bildungsverantwortung auf die gesamte Stadt liefern.

Schulpolitik ist ja nun Ländersache, als Schulträger haben Sie lediglich Sorge für die Ausstattung der Schulen zu treffen. Um eine kommunale Bildungsverantwortung wirklich realisieren zu können, müssten in der Schulpolitik neue Zuständigkeiten von Land, Kommune und Schulen existieren sowie neue Mitwirkungsregelungen in den Schulen etabliert werden. Welche Möglichkeiten sehen Sie, hier gestaltend einzugreifen?

Janz: Ich versuche unabhängig von gesetzlichen Zuständigkeiten schon jetzt Einfluss auf die Schulentwicklung zu nehmen. Der Stadt als Schulträger sind natürlich Grenzen der direkten Einflussnahme gesetzt. Gerade die Entwicklung und der Ausbau von Ganztagschulen ist aber ein wichtiger Bereich für kommunale Einflussnahmen und sozialräumliche Vernetzungen. So z.B. in der Kooperation zwischen Schule und Jugendarbeit. Ein weiteres Beispiel: Mit einem neuen Konzept für ein Übergangsmangement und Berufsorientierung für unsere Schulen mit Hauptschulen und die integrierten Gesamtschulen haben wir im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung und unter Beteiligung des Staatlichen Schulamtes, der Arbeitsförderung, der Arbeitsagentur Kassel und unterschiedlicher Träger der Jugendberufshilfe gemeinsam ein Angebot an den Schulen erarbeitet, um Hauptschülerinnen und Hauptschüler besser auf Ausbildung und Beruf vorzubereiten und ihnen bessere Perspektiven nach der Schule zu bieten.

Schulen mit besonderen pädagogischen Konzepten, wie z.B. die Reformschule und die Offene Schule Waldau, erfreuen sich größter Beliebtheit und großer Nachfrage. Werden Sie auf diese Nachfrage mit der Umwandlung von Schulen in Schulen mit reformpädagogischen Konzepten reagieren?



Janz: Es ist in unserem Interesse und ich sehe es als unsere Aufgabe, die Schulen auf dem Weg zu anderen Lehr- und Lernkonzepten zu unterstützen. Die beiden Modellschulen erfreuen sich großer Akzeptanz und Beliebtheit, die Nachfrage nach Schulplätzen dort übersteigt bei weitem das Angebot. Die Konzepte sind sicherlich nicht eins zu eins übertragbar, andere Schulen der Stadt können sich aber sehr wohl Ideen holen und diese für ihre Schule in ihrem Stadtteil anpassen. Der Anstoß muss jedoch aus der jeweiligen Schule bzw. der Schulgemeinde heraus kommen.

Der Einfluss des Schulträgers ist hier leider nur gering. Trotzdem versuchen wir, wie am Beispiel der Zukunftswerkstätten der Gesamtschulen zu sehen ist, die Augen für notwendige Veränderungen zu öffnen und Möglichkeiten aufzuzeigen.

*Die Landesregierung hat für die **Beruflichen Schulen** beschlossen, diese ab 2010 in die **Selbstständigkeit** zu überführen. Hier besteht für den Schulträger eine große Chance, gestaltend in die kommunale Bildungslandschaft einzugreifen. Können Sie sich vorstellen, Berufliche Schulen dahingehend zu steuern, dass sie sich stärker am Ergebnis, an einer Unterstützungs- und Beratungsstruktur orientieren?*

Janz: Die Oskar-von-Miller-Schule ist Modellschule im Rahmen von „Selbstverantwortung Plus“ (SV+). Hier sind wir als Schulträger von Beginn an aktiv am Prozess beteiligt. Die Abstimmung mit der Schule und dem Staatlichen Schulamt ist gut, das Schulverwaltungsamt arbeitet in Arbeitsgruppen SV+ mit, die politischen Gremien werden regelmäßig informiert. Es gibt eine breite Unterstützung auf dem Weg der

beruflichen Schulen hin zu mehr Selbstverantwortung. Alle sieben beruflichen Schulen der Stadt und die zwei beruflichen Schulen des Landkreises arbeiten eng zusammen.

Die qualitative Weiterentwicklung des Unterrichts lässt sich von der quantitativen Frage der Versorgung mit Schulraum und sächlicher Ausstattung nicht mehr trennen. Sehen Sie Möglichkeiten, auf den bereits jetzt bestehenden deutlichen Bedarf, auf veränderte Lern- und Lehrbedingungen mit baulichen Veränderungen zu reagieren und z.B. Selbstlernzentren an den Schulen aufzubauen?

Janz: An erster Stelle stehen der Veränderungswille der Schulen und die Konzepte, wie Schule in Zukunft aussehen soll. Dann müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Und hier müssen natürlich auch die finanziellen Möglichkeiten der Stadt betrachtet werden. Zur Zeit ist es in unseren Schulen, besonders in den Gymnasien und den beruflichen Schulen eng. Das zur Verfügung stehende Geld ist gebunden für dringend notwendige Sanierungen und für den Neubau von Mensen in Ganztagschulen. Die Wünsche der Schulen gehen teilweise weit darüber hinaus. Doch selbst wenn Geld vorhanden wäre müsste man in die Zukunft schauen und den demografischen Wandel mitdenken, der mittel- und langfristig zu sinkenden Schülerzahlen führen wird.

Die Stadt Kassel muss sparen, der Kämmerer sieht weitere Herausforderungen darin, das Defizit der Stadt abzubauen. Die Übernahme kommunaler Bildungsverantwortung wird nicht zum Nulltarif erfolgen können. Wird der Magistrat den Ausbau einer kommunalen Bildungsverantwortung unterstützen – zumal es in seinem Interesse sein müsste, dass Bildung als Standortfaktor und Prävention verstanden wird?



Janz: Unsere Wunschliste oder besser unser Anforderungskatalog für die Realisierung der Kommunalen Bildungslandschaft ist groß: Offene Ganztagschule, Mittagessen, Lernmittelfreiheit, Schulsozialarbeit, Kernzeitenbetreuung, psychologische Beratung, Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, Öffnung der Schulen zum Stadtteil, Freizeitangebote, Beratung für Eltern, Sprachförderung, Einführung von Notebooks ... etc..

Ich stecke meine ganze Energie in diese Themen. Das verstehe ich als meinen Auftrag und als Arbeitsauftrag an mein gesamtes Dezernat. Natürlich ist eine kommunale Bildungslandschaft nicht umsonst zu haben. Aber die Investitionen in die Köpfe unserer Kinder sind Zukunftsinvestitionen. Sie sichern soziale Teilhabe, dienen der Armutsprävention und nicht zuletzt benötigen wir kluge Köpfe für den wirtschaftlichen Fortbestand und die weitere Entwicklung unserer Region. Dieser Einsicht kann sich heute niemand mehr ernsthaft verschließen. Wir müssen zusätzliches Geld in die Hand nehmen, aber wir müssen mittel- und langfristig auch dafür sorgen, dass das Geld, das schon im System steckt, klüger ausgegeben wird. Auch hier bieten sich Möglichkeiten der Finanzierung. Ein Denken von Haushalt zu Haushalt verbietet sich dabei. Was wir heute in die Köpfe unserer Kinder investieren, wird oft erst in Jahren wirklich wirksam werden. Dann werden wir an anderen Stellen sparen können, z.B. bei den Kosten für Schulversagen und für Arbeitslosigkeit.

Im Übrigen stelle ich in unserer Stadtgesellschaft eine hohe Bereitschaft fest, bessere Bildungsmöglichkeiten zu unterstützen. Viele gute und sinnvolle Projekte an Schulen und Kindertagesstätten können so heute schon realisiert werden, ohne den städtischen Haushalt zu belasten. Als Beispiele nenne ich den Lions-Club Kassel-Kurhessen, der ein Gewaltpräventionsprogramm an allen Grundschulen, Kitas und Horten im Kasseler Osten gesponsert hat, die Sparkassenstiftung, die zahlreiche Bildungsprojekte unterstützt und auch die Aktion „Kinder für Nordhessen“, die neue Projekte an Grundschulen im musisch-kulturellen Bereich sowie für Gesundheit, Bewegung und neue Formen der Elternbildung fördert. Diese Bereitschaft macht mich zuversichtlich, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Sie zeigt, dass wir auch mit den vorhandenen Mitteln schon eine ganze Menge in unseren Kitas und Schulen bewegen können. Und ein Gesichtspunkt darf nicht außer Acht

gelassen werden: Wenn die Kommune mehr Bildungsverantwortung übernimmt und damit auch mehr Aufgaben in diesem Bereich, heißt das nicht, dass sie auch alle Kosten allein tragen muss. Hier muss mit dem Land auf eine stärkere Übertragung von Mitteln für Bildung verhandelt werden.